



GRÜNE IN DER REGIERUNG

Im Regierungsprogramm finden sich viele Projekte wieder, die die Handschrift der Grünen tragen. **Seite 4/5**



KLIMATICKET

Eine günstige Netzkarte für alle Linien macht den Öffentlichen Verkehr noch attraktiver. **Seiten 2**



WKO-WAHL 2020

Die Grüne Wirtschaft vertritt in der Wirtschaftskammer vor allem die Interessen der kleinen Unternehmen. **Seite 6**

OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 105
23. JAHRGANG | FEBRUAR

OÖ.PLANET NR. 01/2020 | PREIS: € 1,-
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



Der Taktgeber

Stefan Kaineder ist neuer Landesrat für Umweltschutz und Integration. Welche Schwerpunkte setzt er und was ist sein politisches Herzensprojekt?
Interview auf Seite 3



Foto: Die Grünen OÖ

Beim Wahlkampf hört der Sparkurs auf

Mit den Landtagswahlen 2021 rückt auch der nächste Wahlkampf in Sichtweite. Wenn dann die Landschaft endgültig hinter Plakatwäldern verschwindet und die Briefkästen bersten, ist das leicht erklärt. Denn Schwarz-Blau hat nun tatsächlich das Parteienfinanzierungsgesetz durchgedrückt – entgegen aller Kritik von uns Grünen. Oberösterreich hat nun die höchsten Wahlkampfkosten aller Bundesländer. Jede Partei in OÖ darf bei Landtagswahlen sechs Millionen Euro ausgeben – pro Kopf mehr als selbst bei Nationalratswahlen und mehr als in jedem anderen Bundesland. Zum Vergleich: in der Steiermark liegt die Grenze bei einer Million Euro. Und selbst das ist nur die halbe Rechnung. Denn bei den gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen gibt es in OÖ überhaupt kein Limit. Dass möglichst viele Wahlwer-

bekosten auf die Gemeindeebene verschoben werden, ist wohl absehbar. Zudem dürften die drohenden Sanktionen bei Kostenüberschreitung eher Schulterzucken als Schaudern auslösen. Hat man doch die alte Regelung des Bundes übernommen, nicht die schärferen des neuen türkis-grünen Regierungsprogramms. Die erste von drei Erkenntnissen: Mit Hilfe der FPÖ hat die ÖVP durch dieses Gesetz vorgebaut, dass sie auch künftig in volle Wahlkampftöpfe greifen kann. Zweitens: man plant 2021 ein Wahlkampffeuwerk der Sonderklasse und wird dabei Millionen an Steuergeld verbrennen. Drittens: der so oft beschworene schwarz-blaue Sparkurs endet an der eigenen Wahlkampfkasse – und das ist entlarvend.

■ **Severin Mayr**, Landtagsabgeordneter



ZUGESPITZT



MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

Tempi passati

Es war wohl ein letzter Versuch, den alten Traum von der unbegrenzten Freiheit auf vier Rädern aufleben zu lassen, als der frühere Verkehrsminister Norbert Hofer Tempo 140 statt 130 auf manchen Autobahnabschnitten erlaubte. Angesichts der Klimakrise und des steigenden CO₂-Ausstoßes war es ein anachronistisches Anliegen, das in Zeiten wie diesen wohl nicht mehr für möglich gehalten wurde. Es war daher eine gute Entscheidung von Leonore Gewessler, dies mit 1. März wieder zurückzunehmen.

Innerer Antrieb statt Zeigefinger

Einst galt das Auto als Luxusymbol, und Autobahnen waren der Garant, den Traum von der grenzenlosen Mobilitätsfreiheit ausleben zu können. Doch Luxus und Freiheit werden immer wieder neu verhandelt. Wenn es uns gelingt, die richtigen Objekte mit dem Image von Luxus und Status zu verbinden, könne man ökologisch bewusstes Verhalten für breite Bevölkerungsgruppen attraktiv machen, so die Biologin Elisabeth Oberzaucher. Sie würden dann die Option von selbst, aus innerem Antrieb heraus, wählen und nicht aufgrund eines erhobenen Zeigefingers. Daher gilt es neue Formen der Freiheit schmackhaft zu machen, etwa entspannt im Zug zu sitzen und die Wahl zu haben ein Buch zu lesen oder einfach nur beim Fenster hinauszuschauen, um die Landschaft zu genießen. Die Freiheit auf vier Rädern war die Vision des letzten Jahrhunderts, heute sind das Tempi passati...

... meint Marco Vanek
Chefredakteur oö.planet



Zum Mindeststandard gehört auch ein bundesweiter Taktfahrplan.

Was den Öffentlichen Verkehr attraktiv macht

Die Zahl der Fahrgäste im Öffentlichen Verkehr steigt von Jahr zu Jahr. Neben dem Lückenschluss am Land braucht es weitere Qualitätsverbesserungen, wie etwa ein einfaches Ticketsystem.

MARCO VANEK

Viele Studien und Umfragen zeigen auf, was notwendig ist, um den Umstieg vom Auto in den Öffentlichen Verkehr schmackhafter zu machen: Es ist ein Mix aus verschiedenen Faktoren, die ineinandergreifen. Neben dem Fahrpreis und der Reisezeit spielen für die Fahrgäste die Häufigkeit der Verbindungen, Komfort, Platzangebot, Informationen, Zuverlässigkeit, Sicherheit und die Haltestellenausstattung eine Rolle, regelmäßig in Öffis einzusteigen.

Die neue Regierung will nun das Problem an der Wurzel packen

und grundlegende Änderungen, etwa in der Mobilitätsversorgung in den Regionen vornehmen. Vor allem am Land ist nach wie vor die Abhängigkeit vom Auto sehr groß, der Öffentliche Verkehr weist Lücken auf. Entscheidend dabei sind die erste und letzte Meile. Die Mobilität ist durch regionale Buslinien, gute Bedingungen für Gehen und Radfahren, Bike- und Carsharingmodelle zu gewährleisten. Für kleine Orte sind außerhalb der Regelverkehrszeit etwa Anrufsysteme oder andere bedarfsorientierte Angebote gefragt. Zum Mindeststandard gehört auch ein bundesweiter Taktfahrplan, der mindestens einen Stundentakt und zur Hauptverkehrszeit einen Halbstundentakt anbietet. Wichtig ist auch dabei die Fahrzeit: sie darf auf den stärker nachgefragten Verbindungen nur unwesentlich über jener von Autos liegen.

Vielfach unterschätzt wird auch die Ausstattung und das Design von Haltestellen. Neben einer hohen Aufenthaltsqualität, Witterungsschutz und Beleuchtung

braucht es eine einfache Darstellung des Netzplans. Dynamische Anzeigen über die zu erwartende Abfahrtszeit verkürzen subjektiv die Wartezeit.

Einheitliche Netzkarte für Österreich

Im Klima- und Verkehrsministerium arbeitet schon eine Arbeitsgruppe daran, eine kleine Revolution beim Ticketsystem auszulösen. Ob 1,2,3-Ticket, Klimaticket oder Österreich-Ticket: Der Name steht noch nicht fest,

günstige Bundesland-Netzkarte kaufen können. Diese wird gültig sein für alle Zug-, Straßenbahn- und Buslinien. Dass dies technisch und organisatorisch möglich ist, zeigt das landesweite Jugendticket. Um 70 Euro können bereits jetzt schon SchülerInnen und Lehrlinge (leider sind Studierende ausgenommen) bis zum 24. Lebensjahr das ganze Jahr alle oberösterreichischen Verkehrsmittel benutzen. „Die Umsetzung des günstigen Tickets wird ein Kraftakt, daher fordern

„Eine günstige Netzkarte für jedes Bundesland bzw. für ganz Österreich soll den Öffentlichen Verkehr noch attraktiver machen.“

aber klar ist, dass eine günstige Netzkarte für jedes Bundesland bzw. für ganz Österreich den Öffentlichen Verkehr noch attraktiver machen soll. Wer nur in Oberösterreich unterwegs sein will, soll in Bälde eine

wir auch die Verantwortlichen in Oberösterreich auf, den Bund und dieses Projekt mit voller Energie zu unterstützen“, sagt Severin Mayr, der Verkehrssprecher der Grünen in Oberösterreich.

Feierlicher Umstieg

Rudi Anschobers Wechsel nach Wien wurde gebührend gefeiert. Die oö.planet-Redaktion überraschte den Neo-Minister auf dem Grünen Abschieds- und Einstandsfest in der Linzer Tabakfabrik mit einem „rudi.planet“, der allerlei publizistische Schmankerl aus seiner fast 23jährigen Zeit als Landespolitiker zusammenfasste. Davor verabschiedete sich auch der Grüne Landtagsklub von einem seiner ersten Abgeordneten. Launige Dankesreden kamen auch von seinem langjährigen Büroleiter im Landhaus, Thomas Karbiner, dem Vizekanzler Werner Kogler, Ursula Roschger, Dagmar Engl und von seinem Nachfolger Stefan Kaineder.



„Klimaschutz wird oberste Priorität sein“

Stefan Kaineder wurde Ende Jänner zum Landesrat für Umwelt, Klimaschutz und Integration gewählt. Ein oö.planet Gespräch über seine politischen Schwerpunkte, eine Replik auf das vergangene Jahr und seinen eigenen politischen Stil.

MARCO VANEK

Herr Landesrat, hast du dich schon an den neuen Titel gewöhnt?

Stefan Kaineder: Das wird noch ein bisschen dauern. Ich bleibe aber der Stefan Kaineder, jetzt halt in Funktion als Landesrat.

Wie waren die ersten Arbeitstage im Regierungsbüro?

Ich wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr wohlwollend aufgenommen. Gerade bin ich dabei die Fachabteilungen zu besuchen. Ich habe mir aber vorgenommen, nicht viel Zeit hinterm Schreibtisch zu verbringen, sondern werde viel bei den Leuten sein. Wir sind ein super Team im Regierungsbüro, und ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit.

Das letzte Jahr war für die Grünen ein turbulentes Auf und Ab. Wie hast du es selbst erlebt?

2019 war unglaublich für mich. Noch im Jänner standen wir bei bundesweiten Umfragen bei 4 bis 5 Prozent. Im Bundesvorstand war uns klar: fliegen wir im Frühjahr auch aus dem Europaparlament, wäre es das Ende der Grünen auf Bundesebene gewesen. In dieser Situation haben wir alles richtig gemacht, haben mutige



Stefan Kaineder: „Ich werde viel bei den Leuten sein.“

Entscheidungen getroffen, die Fenster der Partei geöffnet und frischen Wind hereingelassen. Dann kam Ibiza mit den bekannten Folgen, dann das für uns überraschend gute Abschneiden bei der EU-Wahl und im Herbst das beste Wahlergebnis der Grünen bei einer Nationalratswahl. Und nun sind wir in der Bundesregierung. Besser hätte es nicht gehen können.

Was waren die Gründe in Oberösterreich zu bleiben und nicht ins Parlament zu wechseln?

Meine Familie. Ich werde jetzt öfters daheim sein als in den letzten Monaten.

Du hast ein großes Ressort übernommen. Was werden deine Schwerpunkte sein für die nächsten eineinhalb Jahre?

Der Klimaschutz wird bei mir oberste Priorität haben. Die Menschen spüren die Auswirkungen der Klimakrise mittlerweile am eigenen Leib. Bei uns gab es im vergangenen Sommer eine Dürreperiode mit Wasserknappheit, die Hausbrunnen trockneten aus. In Oberösterreich verlieren wir

gerade zwei wertvolle Jahre im Kampf gegen die Klimakrise. Und das will ich ändern. Ich bin in der Landesregierung der Koordinator für die Klimaschutzpolitik in Oberösterreich. Da nun auf Bundesebene der Klimaschutz auch zu den Schwerpunkten geworden ist, werde ich von der Landesregierung Ähnliches einfordern.

„Viel lachen und mit Leidenschaft und Sachverstand Politik machen“

Oberösterreich wird auch seinen Beitrag leisten müssen, damit Österreich im Jahr 2040 die Klimaneutralität erreicht. Meine Regierungskolleginnen und -kollegen werden es bald merken, dass ich das Thema ernst nehme.

Gibt es ein Herzensprojekt, für das du dich besonders einsetzen wirst?

Ja, das 365-Euro-Klimaticket für den Öffentlichen Verkehr in

ganz Oberösterreich. Es ist klar, dass der Öffentliche Verkehr eines der zentralen Instrumente gegen die Klimakrise ist. Daher müssen wir ihn stärken, ausbauen und leistbar machen. Dieses Ticket ist daher ein ganz wichtiger Schritt für Oberösterreich.

In den letzten Jahren zogst du mit einem erfolgreichen Diskussionsformat durch die oberösterreichischen Wirtshäuser und diskutierst dort mit den Menschen über das Essen und die Landwirtschaft. Wirst du das weiterhin machen?

Ja, auf jeden Fall. Ich bin aber gespannt, wie diese Diskussionen in meiner neuen Rolle ablaufen werden. Das wird sich vielleicht zu einem großen Stammtisch entwickeln. Auf jeden Fall möchte ich nahe an den Bürgerinnen und Bürgern dranbleiben, zuhören und diskutieren.

Welche deiner Eigenschaften möchtest du auf jeden Fall beibehalten?

Viel lachen, mit Leidenschaft und Sachverstand Politik machen und dabei den Humor nicht verlieren.



WORDRAP

- mit Stefan Kaineder
- Mühlviertel oder Traunviertel: beides
- Elektroauto oder E-Bike: E-Bike
- Knödel oder Erdäpfelschmarrn: Knödel
- Wirtshaus oder Kaffeehaus: Wirtshaus
- Winter oder Sommer: Sommer

ZUR PERSON

Stefan Kaineder

Geboren 1985, wuchs Stefan Kaineder in Kirchschlag im Mühlviertel auf. Er maturierte am Petrinum und studierte danach Theologie an der Kath. Privatuni in Linz. Vor seinem Einstieg in die Politik war er in der Entwicklungszusammenarbeit beim Welthaus in Linz tätig. Heute lebt er mit seiner Frau Julia und den drei Kindern in Dietach bei Steyr. Als stellvertretender Bundessprecher hat Stefan Kaineder ab Februar 2019 im Team von Werner Kogler federführend am erfolgreichen Comeback der Grünen mitgewirkt. Seit April 2019 ist er Landessprecher der Grünen Oberösterreich.

KURZMELDUNG

Bors folgt auf Kaineder

Mit Johanna Bors ist nun eine Pionierin der Grünen in den Landtag eingezogen. Sie übernahm das von Stefan Kaineder freigewordene Landtagsmandat. Die ehemalige Mathematik- und Sportlehrerin war Mitbegründerin der GABL-Gmunden, die Vorläuferorganisation der späteren Grünen Gemeindegruppe. „Für mich steht mein Motto ‚global denken, lokal handeln‘ auch im täglichen politischen Engagement im Zentrum. Ob als Mitbegründerin der Grünen in Gmunden, einer überparteilichen Plattform für barrierefreie Stadtgestaltung in Gmunden oder als frühere Umweltstadträtin. Auf dieser politischen Ebene wird sichtbar, dass eine nachhaltige Politik nur gemeinsam mit den BürgerInnen möglich ist, und Politisches privat und das Private politisch ist.“ Im Landtag übernimmt sie nun die Funktion als Sprecherin für Energiepolitik, Entwicklungshilfe, KonsumentInnenschutz, Landwirtschaft und Familienpolitik.



Großer Empfang für den neuen Landesrat

Festliche Stimmung bei der Amtseinführung von Stefan Kaineder.

Die Musikkapelle Dietach begleitete den Amtsantritt des neuen Mitglieds der Landesregierung. Die ersten Arbeitstage waren voll mit Antrittsbesuchen und dem Kennenlernen des neuen Arbeitsgebietes. Auch Kaineders Großmutter zählte zu den GratulantInnen.





Ein Vertrag für das Klima

Österreich wird seinen Beitrag leisten im Kampf gegen den Klimawandel, ist der Grundtenor im Klima- und Umweltkapitel. Auf über 62 Seiten sind ambitionierte Ziele und Maßnahmen aufgelistet. So soll Österreich bis 2040 klimaneutral werden. Das heißt: ein Klimacheck für alle Gesetze, Bestbieter-Prinzip ist gleich „Klimabieter“-Prinzip, 1-2-3-Ticket und Schiene statt Straße, Sonne statt Öl und Gas. Mit dem Umwelt- und Infrastrukturministerium haben es die Grünen in der Hand, das Land in eine ökologische Richtung zu bewegen. Geplant sind unter anderem eine Regionalverkehrsmilliarde, eine Milliarde, um einen flächendeckenden Stundentakt auch am Land und untertags einzuführen. Massiv ausgebaut werden soll auch die Photovoltaik.



Das Ende für das Amtsgeheimnis

Ein weiteres zentrales Anliegen der Grünen wurde verankert: So soll das Amtsgeheimnis abgeschafft und die Informationsfreiheit als ein einklagbares Recht verankert werden.

Von der Umweltaktivistin zur Ministerin

Wenn es in Österreichs jüngster Politik eine Senkrechtharterin gibt, dann ist es Leonore Gewessler. Bis vor einem halben Jahr nur politischen InsiderInnen bekannt, ist sie nun für ein riesiges Ministerium verantwortlich.

MARCO VANEK

Sie sei keine Superministerin, betont Gewessler, sie leite aber ein „super Ministerium“. Und zwar eines der Schlüsselsressorts dieser Regierung, mit dem sie alle Kompetenzen in der Hand hat, die Klimaschutzpolitik auf allen Ebenen maßgeblich zu gestalten. Und: noch nie waren so viele Hebel in der Umweltpolitik gebündelt, wie jetzt im neuen Klimaschutz-, Umwelt- und Mobilitätsministerium.

Die letzten Jahre war Gewessler eine sehr geschätzte Expertin rund um die internationalen Handelsabkommen TTIP und CETA. Als Geschäftsführerin der Umweltorganisation Global 2000 scheute sie auch nicht die Auseinandersetzung mit den WirtschaftsvertreterInnen sowie der Landes- und Bundespolitik, etwa beim Kampf gegen die dritte Flughafenpiste in Wien-Schwechat.

Vor allem diese Erfahrung war in den Verhandlungen mit der ÖVP sicher hilfreich. Bis vor kurzem diskutierte sie noch heftig in der Öffentlichkeit mit Elisabeth Köstinger über die wenig ambitionier-



Leonore Gewessler: „Ich kann unterschiedliche Standpunkte hinter einem Ziel vereinen.“

te Klimaschutzpolitik der früheren Bundesregierung. Wenig später war sie ihr Gegenüber bei den Koalitionsverhandlungen.

Umweltaktivistin

Gewessler war auch maßgeblich daran beteiligt, dass die Kohleverstromung in Österreich in diesem Frühjahr ausläuft. Das umstrittene grenznahe Atomkraftwerk Mochovce in der Slowakei wird zwar nicht verschrottet, musste aber dank einer Kampagne von Global 2000 und anderer Initiativen einer internationalen Überprüfung unterzogen werden, bevor die vor vielen Jahren eingemotteten Reaktoren wieder in Betrieb gehen. Auch an der Europäischen Bürgerinitiative „Stopp Glyphosat“ zum Schutz der na-

türlichen Vielfalt war sie mit ihrer Umwelt-NGO beteiligt. Internationale Erfahrung sammelte die Politikwissenschaftlerin sechs Jahre lang als Direktorin der Green European Foundation in Brüssel, eine vom Europaparlament finanzierte Stiftung mit enger Verbindung zu den europäischen Grünen. Gewessler hat das mit über 60 Seiten umfangreichste Kapitel im Regierungspakt verhandelt und sich dafür entsprechende Ressourcen zusagen lassen.

Herzensprojekt Klimaticket

Immer wieder betont sie, wie wichtig ihr eine günstige und bundesweit gültige Netzkarte für alle Öffentlichen Verkehrsmittel ist. Seit Ende Jänner arbeitet nun eine Arbeitsgruppe aus ExpertInnen

daran, die organisatorischen und finanziellen Grundlagen für dieses Ticket vorzubereiten.

Was viele an Leonore Gewessler schätzen, sind ihre ruhigen und sachlichen Auftritte. Wenn sie spricht, dann kommen Fakten, Zahlen und Daten und kein Drumherumgerede. Auf die Frage, ob sie Widerstand etwa von WindkraftgegnerInnen befürchtet, antwortete sie: „Bei Veränderungen gibt es immer auch Befürchtungen. Deshalb ist es wichtig, Menschen einzubinden, gemeinsam zu diskutieren und gemeinsam Lösungen zu finden. Das habe ich immer gemacht. Ich komme aus der Zivilgesellschaft und kann Allianzen bilden und unterschiedliche Standpunkte hinter einem Ziel vereinen“.

Wie mächtig ist Leonore Gewessler?

Das Momentum-Institut hat einen Ministeriums-Check gemacht.

MARCO VANEK

Welches Ministerium viel Einfluss auf die Bundespolitik hat, hängt von verschiedenen Faktoren ab, analysiert der österreichische Thinktank. Die Höhe des Ressortbudgets sagt allein noch nichts über den tatsächlichen Gestaltungsspielraum aus. So hat etwa der Bildungsminister ein riesiges Budget, doch über 90 Prozent sind durch Gehälter für LehrerInnen oder Mieten gebunden. Vielmehr spielt der Gestaltungsspiel-

raum bei der Budgetverwendung, die MitarbeiterInnenzahl inklusive ausgliederter Einheiten eine Rolle oder auch die öffentliche Aufmerksamkeit, die Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen, aber auch der europapolitische Einfluss. Nach der Gewichtung der Einflussfaktoren zählt der Finanzminister zum einflussreichsten Minister. Schon dahinter rangiert Leonore Gewessler. Zwar hat Gewesslers Ministerium „nur“ das fünfthöchste Budget aller Ministerien, doch gemeinsam mit dem Finanzministerium die größte Beteiligungsagentur der Republik. So zählen die ÖBB, die ASFINAG zu den finanzpolitischen Schwergewichten und die Bahn auch zu den größten Arbeitgebern im

Land. Das meiste Geld im Ministerium fließt an die Sektionen Infrastrukturplanung und Verkehr, die die eigentlichen Machtzentren im Ministerium sind. Zwar sind viele Geldmittel langfristig gebunden, wie etwa für Tunnelbauten bei der Eisenbahn. Doch es gibt trotzdem finanzielle Spielräume, in dem Projekte verschoben werden können.

Wichtige Machthebel

Vom Landwirtschaftsministerium wanderte die Sektion Umwelt, Energie und Klima zu Gewesslers Mega-Ministerium. In der für die Grünen entscheidenden Umweltpolitik kontrolliert sie nachgelagerte Einheiten, wie das



Foto: © BKA / Arno Melcharek

Umweltbundesamt und erstellt den jährlichen Klimaplan, der nach Brüssel gemeldet werden muss. Im für den Klimaschutz wichtigen Energiebereich steht Gewessler die gesamte Expertise des Ministeriums zur Verfügung. Notwendige Gesetzesänderungen müssen aber mit der ÖVP beschlossen werden und wurden deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart.

Die Ministerin Leonore Gewessler hat nun einige wichtige Machthebel in der Hand. Für die wichtigen Zukunftsprojekte braucht sie aber auch Finanzminister Blümel und weitere MitspielerInnen in der türkis-grünen Koalition.

Mehr Info: momentum-institut.at

Die Grünen Leuchttürme im Regierungsprogramm

Mit vier MinisterInnen und einer Staatssekretärin sind die Grünen in etwa ihrem Stimmverhältnis entsprechend in der neuen Bundesregierung vertreten. Was sind die Grünen Highlights im Regierungsprogramm?



Foto: Die Grünen / Cajetan Perwein

„Wir übernehmen Verantwortung für Österreich, weil wir überzeugt sind, dass dieses Land einen Kurswechsel braucht“, hat Werner Kogler bei der Präsentation des Koalitionsvertrages betont.

Auf 328 Seiten, in sechs Kapiteln, wurden hunderte Punkte vereinbart, die nun in den nächsten fünf Jahren angegangen werden. Einige Kapitel sind mit Grüner

Tinte geschrieben, in anderen liest man die Grüne Handschrift in den Details. Trotzdem wurden von beiden Seiten schmerzhaft Zugeständnisse gemacht. Mit den Grünen wird wieder mehr Sachlichkeit in die Auseinandersetzung einziehen, und vor allem auf die drängenden Zukunftsfragen werden Antworten gegeben. Eines ist aber sicher: Es macht einen großen Unterschied, ob Grün oder Blau in der Regierung sitzt. ➔ gruene.at



Ausbau von Psychotherapie-Plätzen

Es soll mehr vollfinanzierte Therapieplätze im Bereich Psychotherapie geben.



Ökosoziale Steuerreform

Das Gute soll belohnt werden, die Umwelt wird geschont und unser Klima soll geschützt werden. Deshalb werden in einem ersten Schritt die Lohnsteuern gesenkt, die Maut, die Normverbrauchsabgabe sowie die Pendlerpauschale ökologisiert. Wer sauber fährt, wird in Zukunft nicht mehr draufzahlen, sondern entlastet werden. Die ÖBB zahlen weniger Abgaben für ihren Strom; Fliegen wird teurer, einem Riegel soll dem billigen „Tanktourismus“ vorgeschoben werden. In einem zweiten Schritt ist ab 2021 die Besteuerung von Emissionen geplant, die unter der Federführung von Leonore Gewessler und Werner Kogler ausgearbeitet wird.



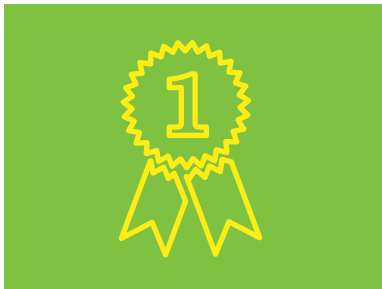
Rechtsstaatlichkeit & Transparenz

Mit der Spitzenjuristin Alma Zadic ist nun eine Grüne die Hüterin über die Gesetze. Sie wacht darüber, dass der Rechtsstaat gesichert bleibt. Ebenso im Programm: Mehr Kontrolle und Transparenz. So wird der Rechnungshof bei konkreten Anhaltspunkten Einschau in die Parteifinancen nehmen dürfen. Er wird zudem Unternehmen mit 25 Prozent Staatsanteil prüfen dürfen, davon ausgenommen sind börsennotierte Staatsfirmen.



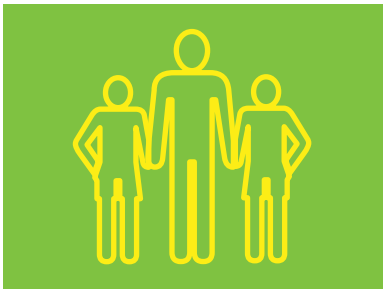
Generalkollektivvertrag gegen Niedriglöhne

Es gibt derzeit Bereiche in der österreichischen Wirtschaft, in denen Löhne gezahlt werden, die unter den niedrigsten Kollektivvertragslöhnen der gewerblichen Wirtschaft liegen. Diese Lücke soll unter Einbindung der Sozialpartner mit geeigneten Mitteln geschlossen werden. Sollten sich die Sozialpartner nicht einigen, hat die Politik hier einen Hebel in der Hand, um gegen Niedriglöhne vorzugehen. Das wird 200.000 bis 300.000 Menschen in diesem Land helfen.



Ausbildungs- und Qualitätsoffensive in der Pflege

Eine Personaloffensive sowie eine Erweiterung und Flexibilisierung des Ausbildungsangebots werden dem Pflegekräftemangel entgegengesetzt. So sollen Anerkennungen von medizinischen Ausbildungen vereinfacht werden. Durchlässigkeit zwischen allen Pflege-, Betreuungs- und Sozialberufen – Anrechenbarkeit von Vorkenntnissen.



Familienbonus für niedrige Einkommen

Im Zuge der Steuerreform durch die Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommensteuer von 25% auf 20% sowie der Erhöhung der Untergrenze des Familienbonus von 250 auf 350 Euro pro Kind und des Gesamtbetrages von 1.500 auf 1.750 Euro pro Kind sollen Familien mit niedrigen Einkommen gestärkt werden.

Ministerin mit „Migrationsvordergrund“

Ihre Fluchtgeschichte prägte Alma Zadic auch politisch.

■ MARCO VANEK

Die nunmehrige Justizministerin Zadic kam 1984 in Bosnien-Herzegowina zur Welt und floh als Zehnjährige vor dem Krieg nach Österreich. In öffentlichen Auftritten macht sie kein Hehl daraus, dass ihre Biografie sie politisch geprägt hat. Als Jugendliche erlebte sie den Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider direkt. Ihre Familie habe sich davor gefürchtet, abgeschoben zu werden, falls eine Rechtsregierung unter Beteiligung der FPÖ an

die Macht käme. Doch sie schaffte den Sprung ins Gymnasium und an die Universität, wo sie gleichzeitig mit Sebastian Kurz Rechtswissenschaften studierte. Im Gegensatz zu Kurz, der sein Studium abbrach und in die Politik ging,

promovierte Zadic und machte international Karriere, unter anderem als Fulbright-Stipendiatin „Das vielfältige New York hat mir gezeigt, dass man Österreicherin, Bosnierin und Europäerin gleichzeitig sein kann“, sagte sie



Foto: © BKA

gegenüber dem Magazin News. In internationalen Organisationen und Kanzleien sowie am Haager Kriegsverbrecher-Tribunal machte sie sich einen Namen als Expertin für Völker- und Menschenrecht.

„Als ich in der Anwaltswelt tätig war, verblasste meine Migrationsgeschichte. Dann kam ich in die Politik – von einem Tag auf den anderen änderte sich das“, sagte sie in einem anderen Interview. In der letzten Periode feindeten sie rechte und konservative Parlamentarier massiv an. Höhepunkt war die Hasskampagne mit Morddrohungen nach ihrer Bestellung zur Ministerin. Seither wird sie vom Verfassungsschutz rund um die Uhr bewacht.

Mehr Geld für die Justiz

Das Justizministerium soll nun endlich mehr Geld erhalten, gleichzeitig werden die Gebühren an den Gerichten gesenkt, um einen breiteren Zugang zu ermöglichen. Allerdings übernimmt Zadic ein Ministerium, das nicht nur finanziell in der Krise ist, sondern auch unter internen Machtkämpfen leidet. Die Aufarbeitung von Skandalen der ÖVP-FPÖ-Regierung wird dadurch nicht einfacher. Sie sieht die neue Regierung als Vorbild für den Kampf gegen die Polarisierung. „Was passieren kann, wenn Gruppen gegeneinander aufgehetzt werden, habe ich in meiner Kindheit gesehen. Das soll nie wieder geschehen.“

KURZMELDUNGEN

Linz: Kommt die Stadtbahn doch?

Nach Jahren des Stillstandes scheint nun Bewegung in die Bemühungen für eine zusätzliche Schienenachse durch Linz zu kommen. „Linz braucht schnellstmöglich eine weitere Schienenverbindung durch die Stadt. Dass nun auch SPÖ, ÖVP und FPÖ die Wichtigkeit dieses öffentlichen Verkehrsangebotes erkennen, ist daher erfreulich“, hält Klaus Grininger, Mobilitäts- und Bezirkssprecher der Grünen Linz fest. Gleichzeitig zeigt sich, wie wichtig es ist, dass die Grünen Teil der Bundesregierung sind. „Unter einer Grünen Ministerin entdecken SPÖ, ÖVP und FPÖ nun, dass man auch nach Wien fahren kann, um für Öffi-Projekte anstatt wie bisher nur für Autobahnschneisen zu verhandeln.“



Alternativen zum Eurofighter

„Es braucht rasch einen Ersatz für die 50 Jahre alten Saab 105 Heeresflugzeuge, betont der Grüne Wehrsprecher David Stögmüller. „Wir müssen auch schnell darüber nachdenken, wie die Zukunft der Eurofighter ausschauen soll.“ Stögmüller schlägt ein kostengünstigeres Leasingmodell mit dem italienischen M346 Advanced Jet Trainer vor, eine Abschaffung der Eurofighter soll ebenfalls diskutiert werden. „Ich kann mir nicht vorstellen, mit Airbus weiter Geschäfte zu machen“, sagt Stögmüller. Airbus steht laut Medien im Verdacht, beim Österreich-Deal 55,1 Millionen Euro an Schmiergeldzahlungen geleistet zu haben, was der Konzern aber abstreitet. „Alleine für die 15 Eurofighter fallen jährlich 60 bis 65 Millionen Euro an Betriebskosten an, die Leasingvariante würde nur vier bis fünf Millionen Euro im Jahr kosten“, meint Stögmüller.

Die Wirtschaftskammer ist kein Sparverein!

Während sich die Wirtschaft und Arbeitswelt in einem hohen Tempo ändern, scheinen die alten Strukturen in der Kammer einzementiert. Hunderte UnternehmerInnen in Oberösterreich wollen dies ändern und unterstützen die Grüne Wirtschaft bei der bevorstehenden Kammerwahl.

■ SYLVIA STEININGER

Auf viel Zuspruch und großes Interesse ist die Grüne Wirtschaft bei ihren Vorbereitungen zur bevorstehenden Wirtschaftskammerwahl 2020 gestoßen, die am 4. und 5. März in ganz Oberösterreich stattfindet. Knapp 900 oberösterreichische UnternehmerInnen unterstützen das Programm der Grünen Wirtschaft mit ihrer Unterschrift und ermöglichen ein breites Antreten in 61 Fachorganisationen. So können 97 Prozent aller Mitglieder die Grüne Wirtschaft wählen.

Mehr Grün in der Wirtschaftskammer

„Wir, die Wirtschaft, müssen umdenken, denn Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch. Es braucht die richtigen Rahmenbedingungen für ein Wirtschaften mit Verantwortung. Die Wirtschaftskammer muss für ein faires, ökosoziales Steuersystem kämpfen. Regionale, nachhaltige



Bernhard Seeber, Sprecher der Grünen Wirtschaft OÖ, Sabine Kastner, Inhaberin von kaysoo, Landesinnungsmeisterin Gerda Kainberger und Ibo Soliman, künstlerische Leitung bei DIE WERKSTATT (v.l.n.r.)

Produkte und Dienstleistungen müssen entlastet und daher billiger werden“, fordert Bernhard Seeber, Sprecher der Grünen Wirtschaft Oberösterreich.

Gestalten statt verwalten

Mit schlanken Finanzen gestalten statt verwalten, lautet das Grüne Wahlversprechen. „Die Wirtschaftskammer darf kein Sparverein sein, sondern sollte schlank und effektiv arbeiten. Die Wirtschaft und Arbeitswelt verändern sich rasch, daher braucht die Kammerorganisation dringend mehr Tempo“, so Bernhard Seeber weiter. Die Grünen KandidatInnen wollen echte Beteiligungsprozesse anstatt einer Vielzahl von unproduktiven Sitzungen.



Erfolgsstory TEXTIL KOLLEKTIV

Mit besonders viel Elan tritt das neu gegründete Textilkollektiv Oberösterreich rund um die aktuelle Landesinnungsmeisterin Gerda Kainberger, die Grüne Mandatarin Sabine Kastner und Ibo Soliman bei der Wahl 2020 für die Grüne Wirtschaft an. „Miteinond statt Fiaranond“ wollen sie in der Mode- und Bekleidungstechnik neue Wege

gehen und haben schon viele weitere UnterstützerInnen in das Textilkollektiv geholt. Zusammen wollen sie die Textillandschaft in Oberösterreich besser vernetzen, die junge Generation, die Kreativität und die Nachhaltigkeit fördern. Das Textilkollektiv Oberösterreich findet ihr auf Facebook und Instagram.

MITMISCHEN STATT JAMMERN

Wahlberechtigt sind grundsätzlich alle Gewerbetreibenden. Ein schlechtes Licht auf die Wirtschaftskammer wirft aber die geringe Wahlbeteiligung. Diese liegt bei rund 40 %, Tendenz weiter fallend. Die Grüne Wirtschaft legt daher besonderen Wert auf Information und Motivation zur Wahl

zu gehen: Persönlich am 4. und 5. März in jedem der 277 oberösterreichischen Wahllokale: wahllokale.wkooe.at Oder ganz einfach mittels Briefwahl: gruenewirtschaft.at/2019/11/22/fordere-jetzt-deine-wahlkarte-an/

Grüne Rochaden

Clemens Stammmler und Agnes-Sirkka Prammer rücken für die Grünen in den Nationalrat nach.

Durch die Übernahme des Umwelt- und Infrastrukturministeriums durch Leonore Gewessler und die Wahl von Stefan Kaineder zum Landesrat kommt es auch zu Veränderungen bei den oberösterreichischen Mitgliedern im Grünen Nationalratsklub.

Die Juristin und Kommunalpolitikerin aus Leonding, **Agnes-Sirkka**

Prammer, arbeitete zuletzt als politische Referentin im Integrationsressort von Rudi Anschober, und davor war sie als Rechtsanwältin tätig. Im Nationalrat wird sie sich vor allem zu Fragen der Grund- und BürgerInnenrechte aktiv einbringen und ist nun für die Grünen



Justizsprecherin. Als Gemeinderätin und Fraktionsobfrau bleibt sie aber weiterhin aktiv. „Denn ich sehe meine Aufgabe vor allem darin, die konkreten Anliegen aus Gemeinden und Bezirk nach Wien zu tragen. Es sind Anliegen, die mir die Menschen in persönlichen Gesprächen nahebringen und die ich in meine neue Tätigkeit aufnehmen werde.“

Clemens Stammmler ist seit fast fünf Jahren einziger Vertreter der Grünen Bäuerinnen und Bauern in der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer und hat sich dort als Kämpfer für die Interes-



sen der Familienbetriebe und der Biolandwirtschaft einen Namen gemacht. Er führt selbst einen kleinen Milchbetrieb in Gschwandt bei Gmunden und kennt die Nöte des ländlichen Raums aus eigener Erfahrung. „Die peripheren Regionen kämpfen nicht nur mit

den Auswirkungen der Klimakrise. Immer mehr Boden geht verloren, wird verbaut und damit versiegelt. Die Landflucht schreitet voran, Dörfer veröden, immer mehr Bauern und BäuerInnen geben auf und Höfe stehen leer. Im Gegenzug werden die Lebensmittelindustrie und Agrarkonzerne immer mächtiger. Das ist eine fatale Entwicklung, nicht nur für den ländlichen Raum, sondern für die Gesellschaft und die Entwicklung des Landes an sich“. Im Grünen Klub bleibt Stammmler seinem Meier treu und übernahm die Rolle als Sprecher für Regionalpolitik und den ländlichen Raum.

Der neue Wind weht auch nach Oberösterreich

Bald wird der neue Regierungskurs auch Auswirkungen auf Oberösterreich haben. Die neuen Schwerpunkte eröffnen neue Perspektiven und Möglichkeiten für das Bundesland.

■ MAX GUSENBAUER

Aufgabe und Verantwortung durch diese Regierungsbeteiligung sind bei den Grünen groß. Keine Frage. Groß sind aber auch Chancen und Möglichkeiten, Österreich positiv, zukunftsorientiert zu gestalten und vor allem auf einen effektiven Klimaschutzkurs zu führen. Ein Gewinn ist diese Regierung aber nicht nur für Gesamt-Österreich. Denn der neue Regierungskurs hat natürlich auch Auswirkungen auf Oberösterreich, und die Grünen Schwerpunkte öffnen neue Perspektiven und Möglichkeiten für unser Bundesland. „Es gibt im Regierungsprogramm ganz klare Klimaschutzansagen und viele konkrete Projekte. Klimaschutz ist zweifellos eines der zentralen Themen der neuen Regierung. Das gibt uns Grünen hier in Oberösterreich starken Rückenwind für unsere Anliegen und Forderungen“, betont der Grüne Klubobmann LAbg. Gottfried Hirz.

Es ist wohl kein Geheimnis, dass die schwarz-blaue Landeskoalition beim Klimaschutz – nobel



Während Schwarz-Blau beim Ausbau der Photovoltaik noch auf der Bremse steht, steigt der Bund aufs Gas.

ausgedrückt – sehr zurückhaltend agiert. Die Grüne Energiewende wurde eingebremst, Förderungen etwa im Wohnbau gestrichen und der Öffentliche Verkehr stagniert weiterhin. Forderungen und Anträge der Grünen auf erweiterte Klimaschutzmaßnahmen wurden von Schwarz-Bau konsequent abgeschmettert. „Zudem hat man zwar ein sogenanntes Klimabudget für 2020 und 21 beschlossen. Aber dieses umfasst nur bereits bestehende Maßnahmen. Von Forcierung keine Spur“, betont Hirz.

Druck auf Schwarz-Blau

Mit dem neuen Klimaschwerpunkt der neuen Bundesregierung steigt aber der Druck auf Schwarz-Blau, diese Verhinderungs- und Verzögerungstaktik zu beenden. Hat Schwarz-Blau beim massiven Ausbau der

Solarenergie bisher gebremst, sieht das Regierungsprogramm eine Million Dächer mit Photovoltaik vor und dazu einen Klimacheck für alle Gesetze. Ebenso abgelehnt wurde bisher die ökosoziale Steuerreform. Nun werden laut Regierungsprogramm die ersten Schritte zu dieser Reform gesetzt, die umwelt- und klimagerechtes Verhalten belohnt und Belastung verteuert. Bisher fließen die Gelder vor allem in Straßen- und Autobahnprojekte, nun aber wurde von Türkis-Grün eine ultimative Stärkung des Öffentlichen Verkehrs durch das 1-2-3-Ticket und die Nah- und Regionalverkehrsmilliarde beschlossen. „Noch nie waren so viele Hebel in der Umweltpolitik gebündelt wie im Grünen Ressort der Umwelt- und Infrastrukturministerin Leonore Gewessler. Alles kommt aus einem Guss

und das ist ein immenser Vorteil für die Realisierung“, betont Hirz.

Mehr Kooperation notwendig

Es wird Bewegung in die OÖ. Landespolitik kommen, ein neuer Wind auch in unserem Bundesland wehen, vor allem beim Klimaschutz, aber nicht nur. Mehr Kindergartenplätze und Ganztagschulen sieht das Regierungsprogramm ebenso vor wie mehr Unterstützungspersonal in den Schulen und erstmals eine 40-Prozent-Frauenquote für alle Unternehmen in öffentlicher Hand. Es ist eine neue Situation für die ÖVP im Land. „Wir Grünen erhoffen und erwarten deutlich mehr Kooperationsbereitschaft. Denn sonst muss sie künftig erklären, warum in Oberösterreich nicht möglich ist, was im Bund möglich und vereinbart ist“.

KURZMELDUNG

Schwarz-Blaues Sozialhilfegesetz ohne Verbesserungen



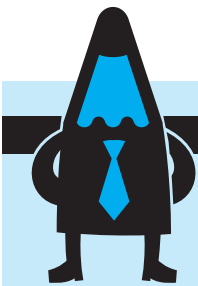
Massiv kritisiert die Grüne Sozialsprecherin Ulrike Schwarz das im jüngsten Landtag beschlossene

neue Sozialhilfegesetz. „ÖVP und FPÖ haben bei diesem Gesetz kaum etwas repariert und schon gar nichts verbessert. Ein paar neue Formulierungen reichen nicht, um vor allem die akute Gefahr der Kinderarmut zu bannen“. Denn die so fatale Staffelung bei den Kindern bleibt und damit auch die prekäre Situation vor allem für Mehrkindfamilien. Für Schwarz hat diese Staffelung im Falle mehrerer Kinder nichts mit sozialer Fairness zu tun. „Jedes Kind ist gleich viel wert. Jedes Kind verdient es, die entsprechende nötige Unterstützung zu erhalten. Für uns Grüne heißt das konkret 25 % vom Richtsatz und damit 229 Euro pro Kind“, betont Schwarz und kündigt bereits Initiativen gegen diese neue Regelung an.



Grüne Forderung: 25 % vom Richtsatz und damit 229 Euro pro Kind

Für Schwarz ist aber auch klar, dass neben einem wirklich unterstützenden Gesetz auch die Erwerbsituation in den Familien verbessert werden muss. „Geringes Einkommen darf nicht auf die Kinder zurückfallen. Wir müssen daher auch an der Lohnschraube für die Familien drehen. Wir brauchen einen Mindestlohn von 1.700 Euro und gute Jobs für Alleinerziehende, die auch mit der Kinderbetreuung vereinbar sind“.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

10.02.2020

Mein liebes Tagebuch, ich schreib jetzt mit Grüner Tinte, und an neuen türkisen Einband hast auch bekommen – ein bissl eine Verneigung vor der neuen Koalition muss schon drin sein. Wobei die ÖVP hätt offenbar ganz gern, dass das die Dauerhaltung der Grünen wird, sie lässt gar oft die Chefpartei raushängen. Aber noch haften alle Sicherungen am richtigen Platz. Der Kurz ist meist gedresst im Ausland, der Kogler leger bei de Sportler und der Anschober ist jetzt

der Minister Anschober, jetzt halt mit olf statt mit i.

Die Opposition schimpft gegen die neue Regierung, aber des is a Naturgesetz wie die Schwerkraft. Bevor die was gut findet an der Koalition, gibt's im Burgenland Gletscher. Aber was anders hats dort tatsächlich geben, den ersten Wahlsieg der SPÖ seit... ma, das müsst i jetzt im Archiv oder im History Channel schau. Ka Wunder, dass die Roten des abfeiern wie Maikundgebungen in den 70er

Jahren. Der Dosko ist jetzt der neue Parteiheilige und hat der Rendi das Leben absolut leichter gemacht. Leicht ist bei der FPÖ derzeit gar nichts, die ist der AfD weit näher als dem nächsten Wahlsieg. Der FPÖ fahren grad die Wähler davon, aber schneller als 130 geht nicht, weil Tempo 140 hat die Gewessler grad gestoppt.

Was tut sich in Oberösterreich, der letzten schwarz-blauen Enklave. Dem gallischen Dorf der heimischen Mitte-rechts Politik. Die ÖVP

zieht sich grad zart-grüne Socken an, aber die Hüte bleiben die gleichen alten. Zu wenig Sozial-Geld für Kinder und zu viel Werbe-Geld fürs Wahlkämpfen, zum Beispiel. Und bin schon gespannt, wie die ÖVP den neuen Grünen Landesrat Kaineder abcheckt. Ein junger fischer Bua mit Mundwerk, Familie und ÖVP Bürgermeister Opa – da brauchen die schwarzen Kids gar nimma nach Wien fahren, damits als Grüne heimkommen.

■ MAX GUSENBAUER

IMPRESSUM

oö.planet. 01/2020
Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **Herausgeberinnen:** Die Grünen OÖ, der Klub der Grünen im oö. Landtag, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Markus Gusenbauer, Ursula Roschger, Mag. Gerhard Niederleuthner **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Dr. René Freund **Korrektur:** Mag. Barbara Vanek **Fotos:** bilderdbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Karikatur:** Milan Ilic **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressenverwaltung:** Tel.: 0732/73 94 00 ooe@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück; Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Ende Mai 2020

Toller Start



Karikatur von Milan Ilic auf der Titelseite der Sonderausgabe „Fokus: Grüne 2030“ – Oktober 2007

Termine

Mittwoch, 26. Februar 2020, 19 Uhr
Vortrag & Diskussion mit Heini Staudinger: „**Gleiches Recht für alle: Keine Steuergeschenke mehr für Amazon, Alibaba & Co**“

Pfarre Christkönig, Wildbergstraße 30a, 4040 Linz
Staudinger fordert mehr Steuer-gerechtigkeit für heimische Betriebe. Als Mittel der Wahl greift der rebellische Unternehmer zum Steuer-boykott. Mit Heini Staudinger (GEA) diskutiert Kuno Haas (Grüne Erde und oö. Spitzenkandidat der Grünen Wirtschaft im Handel bei der WKO-Wahl 2020) Gastgeber: Bernhard Seeber (Sprecher Grüne Wirtschaft OÖ)

Workshopreihe Grüne Geschichte
Mithilfe von Dokumenten und Oral History auf die Spuren der Entstehungsgeschichte der Grünen: historische Zusammenhänge und Ziele der Bewegung und die politische Realität der Gegenwart werden in Beziehung gesetzt.

Mi., 25. März 2020: Die Anfänge
Mi., 17. Juni 2020: Alternative Bewegungen in den 1980er Jahren
Mi., 30. September 2020 Aktiver Widerstand

Jeweils um 18.30 Uhr im Grün-schnabel, Landgutstraße 13a, 4040 Linz; Anmeldung unter generationplus.ooe@gruene.at

PLANETREISEN

Die nächsten Reisen:
20.-22.3.: **Znaimer Frühling**
18.-26.4.: **Wanderreise Nordzypren**

30.4.-3.5.: **Kattowitz: Von der Industrie- zur Kulturregion**

28.6.-5.7.: **Serbien: Bodgan Bogdanovics Welt**

Ein monatlicher Reiseletter informiert über aktuelle Termine und Hintergründe zu den geplanten Reisen; nähere Infos unter www.planetreisen.at, Tel.: 0664 5401722 (Marco Vanek).

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Aboverwaltung: Nina Grgic
Tel. 0732/73 94 00-429
Mail service.ooe@gruene.at
Adressverwaltung: Richard Steinmetz

Palmen, Socken, Wein

Meine Wunschliste an die neue Regierung

TEXT RENÉ FREUND

Da ich mir am Tag der Koalitionsbildung auf Glatteis die Schulter gebrochen habe, hatte ich viel Zeit zum Nachdenken. Trotz Euphorie und Vorschusslorbeeren – die neue Regierung könnte einiges verbessern.

Schulreform: Den Glauben an sie habe ich bereits im letzten Jahrhundert verloren. Mein frommer Wunsch wäre nur, das Wort nicht mehr hören zu müssen.

Gesundheitsreform: Wenn es leicht geht, ein bisschen weniger Schmerzen in der linken Schulter, bitte danke.

Pflegereform: In der Früh fehlt mir eine der im Regierungsprogramm angekündigten „Community-Nurses“, nämlich beim Anziehen des rechten Sockens. Eventuell zu überlegen: Die Einführung einer von der Krankenkasse geförderten ein-armigen Jacke.

Verkehr: Trotz aller Vorbehalte christlich-bürgerlicher Kreise soll der Öffentliche Verkehr (Stichwort freizügige Personen, Beziehungspendler, Austauschprogramme etc.) gefördert werden, und das ganztätig und im Stundentakt! Das ist möglicherweise wünschenswert (Stichwort Transparenz), bei uns im Ort habe ich allerdings noch keine Veränderungen bemerkt, was vielleicht auch daran liegt, dass es zu kalt ist.

Umweltschutz: Immerhin, keine Klimawandel-Leugner mehr in der Regierung! Schutz der Um-



welt und eine starke Wirtschaft sind laut Koalitionsvereinbarung keine Widersprüche. Am Beispiel unseres kleinen Ortes könnte das bedeuten: Ausbau des Kasbergs als Ganzjahres-Naherholungszentrum; Förderung des Palmenanbaus bei den Speicherseen, um die Entstehung von Oasen zu begünstigen; schrittweiser Ersatz der schwächelnden Fichten durch robuste Olivenbäume; gezielte Prämien für den Weinbau: Besonders der Südhang am Ochsenboden sowie die Lagen rund um die Buschenschank Hochberghaus (Ried Farrenau) versprechen mineralische Rieslinge und gehaltvolle Rotweine.

Kopftuchverbot: Hier liegt bei uns in Grönau ehrlich gesagt noch immer einiges im Argen. Jeden Tag sehe ich die alten Frauen mit ihren Kopftüchern schamlos radfahren, einkaufen oder in die Morgenmesse huschen. Gelegentlich mischen sich Goldhaubenfrauen darunter, was nur als Provokation verstanden werden kann. Ich weiß schon, diese unaufgeklärten Weibsbilder haben in ihrer Heimat-Kultur nichts anderes gelernt, aber ich frage mich schon, wofür wir eigentlich die Sicherungshaft haben.

René Freund ist Autor in Grönau im Almtal, zuletzt erschienen: „Swinging Bells“, Roman).